

An die Gemeindevorstand  
in der Hansestadt Lüneburg

**Wahlvorschlag**

**für die Gemeindevahl am 13.09.2026**

**in der Hansestadt Lüneburg, Wahlbereich .....**

(Nummer und Name)

I.  1) Wahlvorschlag einer Partei: Dieser Wahlvorschlag soll die Parteibezeichnung<sup>2)</sup>

.....,

abgekürzt ....., führen.

1) Wahlvorschlag einer Wählergruppe: Dieser Wahlvorschlag soll das Kennwort<sup>3)</sup>

.....,

abgekürzt ....., führen.

1) Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers:  
Dieser Wahlvorschlag wird als Einzelwahlvorschlag<sup>4)</sup> eingereicht.

II. Aufgrund der §§ 21 bis 24 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und des § 32 der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung werden als Bewerberinnen/Bewerber vorgeschlagen:

Lfd. Nr.	Familienname, Vorname	Beruf oder Stand	Geschlecht *) m, w, d oder oA	Geburtsdatum, Geburtsort	Anschrift (Wohnsitz) – Straße, Hausnummer – Postleitzahl, Wohnort
1					
2					
3					
usw.	- siehe Beiblatt -				

\*) Zum Geschlecht: m = männlich, w = weiblich, d = divers, oA = ohne Angabe im Geburtenregister

III. Vertrauenspersonen für diesen Wahlvorschlag sind:<sup>5)</sup>

.....  
(Vor- und Familienname, Anschrift, Telefon und E-Mail-Adresse)

.....  
(Vor- und Familienname, Anschrift, Telefon und E-Mail-Adresse)

IV. Dem Wahlvorschlag sind folgende Anlagen beigefügt:<sup>6)</sup>

1. .... Zustimmungserklärungen und Versicherungen an Eides statt der Bewerberinnen/Bewerber zur Parteimitgliedschaft und  
..... Zustimmungserklärungen und Versicherungen an Eides statt der sich bewerbenden nichtdeutschen Unionsbürgerinnen/Unionsbürger zur Parteimitgliedschaft.
2. .... Bescheinigungen der Wählbarkeit der Bewerberinnen/Bewerber.
3. Ausfertigung der Niederschrift über die Mitglieder-/Delegiertenversammlung zur Aufstellung der Bewerberinnen/ Bewerber.<sup>2)3)</sup>
4. Versicherung an Eides statt zur Aufstellung der Bewerberinnen/Bewerber (§ 24 Abs. 3 Satz 2 NKWG).<sup>2)3)</sup>
5. Bescheinigung des zuständigen Parteiorgans, dass in der Gemeinde kein Parteiorgan vorhanden ist.<sup>2)7)</sup>
6. .... Unterstützungsunterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichnerinnen/Unterzeichner.<sup>8)</sup>
7. Vollmacht des zuständigen Parteiorgans für die Unterzeichnung des Wahlvorschlags.<sup>9)</sup>

V. Bemerkungen:

.....  
.....  
.....

....., den .....  
(Ort und Datum)

VI. Unterschrift(en):<sup>10)</sup>

<sup>1)</sup> Für den Wahlvorschlag einer Partei:

..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)
..... (Funktion)	..... (Funktion)	..... (Funktion)
..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)

<sup>1)</sup> Für den Wahlvorschlag einer Wählergruppe:

..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)	..... (Vor- und Familienname)
Anschrift: ..... (Straße, Hausnummer)	Anschrift: ..... (Straße, Hausnummer)	Anschrift: ..... (Straße, Hausnummer)
..... (Postleitzahl, Wohnort)	..... (Postleitzahl, Wohnort)	..... (Postleitzahl, Wohnort)
..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)	..... (Handschriftliche Unterschrift)

1) Für den Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers:

.....  
(Vor- und Familienname)

.....  
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)

.....  
(Handschriftliche Unterschrift)

- 
- 1) Zutreffendes ankreuzen .
  - 2) Bei Wahlvorschlägen von Parteien.
  - 3) Bei Wahlvorschlägen von Wählergruppen.
  - 4) Bei Wahlvorschlägen von Einzelbewerberinnen/Einzelbewerbern.
  - 5) Es sollen zwei Vertrauenspersonen benannt werden (§ 21 Abs. 11 NKWG).
  - 6) Nicht Zutreffendes streichen.
  - 7) Nur in den Fällen des § 24 Abs. 1 Sätze 4 bis 6 NKWG.
  - 8) Bei Wahlvorschlägen von Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen/Einzelbewerbern, für die die Voraussetzungen des § 21 Abs. 10 NKWG nicht zutreffen.
  - 9) Nur, wenn der Wahlvorschlag durch eine Bevollmächtigte/einen Bevollmächtigten des zuständigen Parteiorgans unterzeichnet wird; vergleiche § 32 Abs. 7 NKWO.
  - 10) Unterschrift(en) des für das Wahlgebiet zuständigen Parteiorgans, von drei Wahlberechtigten der Wählergruppe oder (bei einem Einzelwahlvorschlag) von der wahlberechtigten Einzelperson (vergleiche auch § 21 Abs. 9 Satz 1 NKWG und § 32 Abs. 7 NKWO).